



Mitteilungen der Technischen Universität Clausthal -Amtliches Verkündungsblatt -

Nr. 4

Jahrgang 2017

8. März 2017

INHALT

| Tag | | Seite |
|---------------------------------|---|-------|
| 13.12.2016 | Schließung des Instituts für Umweltwissenschaften (1.32.12) | 35 |
| 14.02.2016 | Wissens- und Technologietransferstrategie der Technischen Universität Clausthal (4.30.20) | 36 |
| 20.02.2017 | Schließung des Bachelorstudiengangs Rohstoff-Geowissenschaften (6.00.21.40) | 40 |
| 17.01.2017 | Erste Änderung der Ausführungsbestimmungen für den Bachelorstudiengang Energie und Rohstoffe an der Technischen Universität Clausthal, Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften (6.11.52) | 41 |
| 17.01.2017 | Erste Änderung der Ausführungsbestimmungen für den Masterstudiengang Petroleum Engineering an der Technischen Universität Clausthal, Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften (6.11.54) | 43 |
| 17.01.2017 | Zweite Änderung der Ausführungsbestimmungen für den Bachelorstudiengang Rohstoff-Geowissenschaften an der Technischen Universität Clausthal, Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften (6.11.83) | 46 |
| 17.01.2017 und 01.02.2017 | Organisationssatzung der Studierendenschaft der Technischen Universität Clausthal (7.10.00) | 47 |

Herausgeber:
Der Präsident der Technischen Universität Clausthal
Adolph-Roemer-Straße 2a, 38678 Clausthal-Zellerfeld
Postfach 12 53, 38670 Clausthal-Zellerfeld
Telefon: (0 53 23) 72-0, Telefax: (0 53 23) 72-35 00

**1.32.12 Schließung des Instituts für Umweltwissenschaften
Vom 13. Dezember 2016**

Beschluss des Präsidiums vom 13. Dezember 2016

Das Präsidium hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 2016 die Schließung des Instituts für Umweltwissenschaften zum 31. Dezember 2017 beschlossen.

4.30.20 Wissens- und Technologietransferstrategie der Technischen Universität Clausthal Vom 14. Februar 2017

Beschluss des Präsidiums der Technischen Universität Clausthal vom 14. Februar 2017.

I. Mission

Der aktive Transfer von Forschungsergebnissen und wissenschaftlichem Know-how in die praktische Anwendung genießt an der TU Clausthal einen hohen Stellenwert, der sich nicht allein aus dem gesetzlichen Auftrag des Wissens- und Technologietransfers, sondern auch und vor allem aus dem Selbstverständnis der Universität ergibt. Die an der TU Clausthal erarbeiteten Forschungsergebnisse und das damit verknüpfte Wissen sind wesentliche Ressourcen der Universität, die sie zum größtmöglichen Nutzen für die Gesellschaft einsetzt. Die Universität zieht das Wissen aus den Austauschprozessen mit Wirtschaft und Gesellschaft zugleich heran, um Praxisbezug, Relevanz und Aktualität in Forschung, Studium und Lehre sicherzustellen.

Dabei handelt die TU Clausthal nach den folgenden Grundsätzen:

- Basis des Wissens- und Technologietransfers der TU Clausthal ist ihre Forschung. Dementsprechend orientieren sich strategische Transfermaßnahmen und -strukturen der Universität an ihrem Forschungsprofil.
- Die am Transferprozess Beteiligten an der TU Clausthal verpflichten sich zu guter wissenschaftlicher Praxis und wahren Ihre Unabhängigkeit.
- Der Wissens- und Technologietransfer wird an der TU Clausthal als multidirektionaler Prozess verstanden, wobei der Austausch mit relevanten Akteuren als integraler Bestandteil des Forschungs- und Innovationsprozess angesehen wird.
- Die TU Clausthal ist an langfristigen, auf gegenseitigem Vertrauen basierenden Kooperationen mit Wirtschaft und Gesellschaft interessiert und legt Wert auf eine transparente, offene Zusammenarbeit der Beteiligten in gegenseitiger Wertschätzung des Wissens und der Erfahrungen der Partner. Vertragliche Vereinbarungen tragen den berechtigten Interessen der Partner Rechnung und stehen im Einklang mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen.
- Die TU Clausthal ist sich ihrer besonderen Verantwortung für die Entwicklung des regionalen Innovationssystems bewusst. Aufgrund ihrer besonderen geographischen Lage an der Grenze zwischen verschiedenen Wirtschaftsräumen ist die TU Clausthal offen für Kooperationen in alle Richtungen.

II. Forschungsprofil

Unter dem übergreifenden Leitmotiv *Energie – Material – Information* konzentriert die TU Clausthal ihre Forschung auf vier Schwerpunkte mit hoher gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Relevanz:

Nachhaltige Energiesysteme

Der Forschungsschwerpunkt „Nachhaltige Energiesysteme“ sucht nach Antworten auf die Frage, wie sich aus regenerativen Quellen eine verlässliche Energieversorgung gewährleisten lässt. Im Zentrum stehen Konzepte, mit denen sich „grüner“ Überschussstrom speichern und nach Millisekunden, Stunden, Tagen oder Monaten wieder abrufen lässt. Ziel ist es, Energieerzeugung und -speicherung zusammenwachsen zu lassen und so die Versorgungssicherheit – trotz fluktuierender Produktionsmenge – zu sichern.

Rohstoffsicherung und Ressourceneffizienz

Im Forschungsschwerpunkt „Rohstoffsicherung und Ressourceneffizienz“ geht es um Wege, auf denen der Hochtechnologiestandort Deutschland in Zukunft seine Rohstoffversorgung sichern kann. Dazu verfolgen die beteiligten Wissenschaftler drei Teilstrategien: Zum Ersten sollen mit Hilfe moderner Technologien neue Primärrohstofflager erschlossen und effizienter als bislang abgebaut werden. Zum Zweiten sollen die enormen Rohstoffschätze zurückgewonnen werden, die in Altprodukten oder Deponien gebunden sind. Zum Dritten sollen seltene Rohstoffe sparsamer eingesetzt oder substituiert werden.

Neuartige Materialien und Prozesse für wettbewerbsfähige Produkte

Neue Werkstoffe und ihre Verwendung stehen im Fokus des Forschungsschwerpunkts „Neuartige Materialien und Prozesse für wettbewerbsfähige Produkte“. Die beteiligten Wissenschaftler wollen Materialeigenschaften und -phänomene besser verstehen, auf dieser Basis bessere oder gar gänzlich neue Werkstoffe designen und nicht zuletzt die Prozesse optimieren, mit denen sich Werkstoffe und Produkte wirtschaftlich herstellen lassen.

Offene cyberphysische Systeme und Simulation

Der Forschungsschwerpunkt „Offene cyberphysische Systeme und Simulation“ befasst sich mit den Möglichkeiten und Problemen, die die fortschreitende Vernetzung von Alltagsgegenständen und Maschinen mit sich bringt. Im Zentrum steht dabei unter anderem die Frage, wie cyberphysische Systeme so gestaltet werden können, dass sie sich flexibel auf geänderte Anforderungen in der Zukunft einstellen.

III. Ziele

Die **strategischen Ziele des Wissens- und Technologietransfers** der TU Clausthal sind:

1. Die TU Clausthal arbeitet am technischen Fortschritt, um gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen.
2. Die TU Clausthal trägt dazu bei, die Innovationskraft des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu stärken.
3. Die TU Clausthal bringt sich in nationale und internationale strategische Partnerschaften und Netzwerke mit Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft ein.
4. Die TU Clausthal stellt eine hohe Praxisrelevanz ihrer Forschung sicher.
5. Die TU Clausthal integriert Transfer- und Innovationsaspekte in die Lehre.
6. Die TU Clausthal stärkt den internen Stellenwert des Wissens- und Technologietransfers.
7. Die TU Clausthal fördert interne Austauschprozesse zur Hebung der interdisziplinären Zusammenarbeit.

Aus den strategischen Zielen leiten sich folgende **operative Ziele** ab:

1. Die TU Clausthal entwickelt Maßnahmen zur Einbeziehung aller gesellschaftlicher Gruppen in den gesamten Innovationsprozess.
2. Die TU Clausthal steigert die Anzahl von Kooperationsprojekten und bindet mehr Partner aus allen gesellschaftlichen Gruppen ein.
3. Die TU Clausthal entwickelt ein Konzept zur zielgruppengerechten Wissenschaftskommunikation.
4. Die TU Clausthal schafft geeignete Maßnahmen zur Intensivierung des regionalen Wissenstransfers über Köpfe und zur Fachkräftebindung.
5. Die TU Clausthal schafft Qualifizierungsangebote zur Vermittlung von überfachlicher Innovationskompetenz.
6. Die TU Clausthal schafft Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen für die Verwertungsplanung und Geschäftsmodellentwicklung im gesamten Innovationsprozess.
7. Die TU Clausthal schafft durch den patentrechtlichen Schutz von Erfindungen eine Grundlage für deren kommerzielle oder nicht-kommerzielle Verwertung.
8. Die TU Clausthal unterstützt die Verwertung von forschungsbasiertem Wissen durch die Förderung der Ausgründung von Unternehmen.
9. Die TU Clausthal verankert den Wissens- und Technologietransfer auf Leitungsebene.

10. Die TU Clausthal schafft interne Anreizsysteme für den Wissens- und Technologietransfer.
11. Die TU Clausthal schafft eine strukturierte Wissensbasis für ihre strategischen Entscheidungen, Services und Transferaktivitäten.
12. Die TU Clausthal verbessert die Prozesse des Wissens- und Technologietransfers durch die Etablierung von Standards.

IV. Umsetzung

Die Verantwortung für die Umsetzung der Wissens- und Technologietransfer-Strategie an der TU Clausthal liegt beim Vizepräsidenten bzw. der Vizepräsidentin für Forschung und Technologietransfer und wird auf operativer Ebene durch die Stabstelle für Technologietransfer und Forschungsförderung koordiniert.

Um die Umsetzung der Strategie in der Universität auf eine breite Basis zu stellen, berät die Ständige Forschungskommission das Präsidium in Angelegenheiten des Wissens- und Technologietransfers. Weiterhin etabliert die TU Clausthal eine Arbeitsgruppe Transferstrategie. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist die Erarbeitung, das Monitoring und die Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie.

Maßnahmenvorschläge zur Operationalisierung der Wissens- und Technologietransferstrategie werden dokumentiert und laufend fortgeschrieben.

**6.00.21.40 Schließung des
Bachelorstudiengangs Rohstoff-Geowissenschaften
Vom 20. Februar 2017**

Das Präsidium hat am 20. Februar 2017 folgenden Beschluss gefasst:

Bezugnehmend auf § 37 Abs.1 Punkt 5a) NHG schließt das Präsidium den Bachelorstudiengang Rohstoff-Geowissenschaften zum Ende des Wintersemesters 2020/21 (31.03.2021).

Damit endet die auslaufende Betreuung für alle Studierenden dieses Studiengangs. Eine Rückmeldung für das Sommersemester 2021 ist ausgeschlossen.

Letztmalige Aufnahme von Studienanfängern erfolgt zum Sommersemester 2017.

**6.11.52 Erste Änderung der Ausführungsbestimmungen für den
Bachelorstudiengang Energie und Rohstoffe
an der Technischen Universität Clausthal,
Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften
vom 17. Januar 2017**

Die Ausführungsbestimmungen für den Bachelorstudiengang Energie und Rohstoffe vom 21. Juli 2015 werden mit Beschluss der Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften vom 17.01.2017 und Genehmigung des Präsidiums der Technischen Universität Clausthal (§ 37 Abs. 1 Ziffer 5b NHG) vom 14. Februar 2017 wie folgt geändert:

Abschnitt I

1) In Anlage 1 „Modulübersicht für den Bachelorstudiengang Energie und Rohstoffe“ werden folgende Änderungen durchgeführt:

- a) Im Modul 25 „Erdöl-/Erdgaslagerstättentechnik“ wird die Lehrveranstaltungsnummer zur Lehrveranstaltung „Lagerstättentechnik II“ von S 6157 auf W 6157 und die Lehrveranstaltungsart von 2V+3Ü auf 2V+3P korrigiert.

Das bisherige Modul

| | | | | | | | |
|--|-----------|-------|----------|------------|------------|------|----|
| Modul 25: Erdöl-/Erdgas-Lagerstättentechnik | | | 7 | | 7/Σ | | |
| Lagerstättentechnik II | S 6157 | 2V+3Ü | 7 | K od. M | 1,0000 | ben. | MP |

erhält somit folgende Neufassung:

| | | | | | | | |
|--|-----------|-------|----------|------------|------------|------|----|
| Modul 25: Erdöl-/Erdgas-Lagerstättentechnik | | | 7 | | 7/Σ | | |
| Lagerstättentechnik II | W 6157 | 2V+3P | 7 | K od. M | 1,0000 | ben. | MP |

- b) Im Modul 26 „Tiefbohrtechnik“ wird die Modulprüfung durch Teilmodulprüfungen ersetzt.

Das bisherige Modul

| | | | | | | | |
|---------------------------------------|-----------|----|----------|------------|------------|------|----|
| Modul 26: Tiefbohrtechnik | | | 6 | | 6/Σ | | |
| Spülungs-/Zement- und Rechenpraktikum | W 6144 | 2P | 3 | K od. M | 1,0000 | ben. | MP |
| Bohr- & Workoveranlagen und Geräte | W 6143 | 2V | 3 | | | | |

erhält somit folgende Neufassung:

| Modul 26: Tiefbohrtechnik | | | 6 | | 6/Σ | | |
|---------------------------------------|-----------|----|----------|------------|------------|------|-----|
| Spülungs-/Zement- und Rechenpraktikum | W 6144 | 2P | 3 | PrA | 0,5000 | ben. | MTP |
| Bohr- & Workoveranlagen und Geräte | W 6143 | 2V | 3 | K od. M | 0,5000 | ben | MTP |

Abschnitt II

Diese Änderungen treten am Tage nach ihrer Bekanntmachung im amtlichen Verkündungsblatt der Technischen Universität Clausthal zu Beginn des Prüfungszeitraums des Sommersemesters 2017 in Kraft.

Übergangsbestimmungen zur 1. Änderung vom 17.01.2017

(1) Studierende, die das Studium in diesem Studiengang ab dem Sommersemester 2017 an der TU Clausthal aufnehmen, werden nach dieser Version der Ausführungsbestimmungen geprüft.

(2) Studierende, die bereits vor dem Sommersemester 2017 in diesem Studiengang an der TU Clausthal eingeschrieben waren, werden in diese Version der Ausführungsbestimmungen überführt. Für sie gelten folgende Übergangsregelungen:

- Studierende, die die bisher geltenden Module bereits erfolgreich abgelegt haben, werden diese Module weiterhin angerechnet.
- Studierende, die die bisherige Modulprüfung im Modul 26 „Tiefbohrtechnik“ bereits im Rahmen des Freiversuchs bestanden haben, wird nach Rücksprache mit der Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften einmalig eine Prüfungsmöglichkeit zur Notenverbesserung gemäß § 20 Abs. 1 APO gegeben. Anmeldungen zur Modulprüfung im Rahmen des Freiversuchs zur Notenverbesserung können ausschließlich per Formblatt (Antrag auf Zulassung zu Prüfungen) im Prüfungsamt eingereicht werden.
- Evtl. vorhandene Fehlversuche der im Modul 26 „Tiefbohrtechnik“ ersetzten Modulprüfung werden nicht auf die neuen Modulteilprüfungen nach dieser Version der Ausführungsbestimmungen angerechnet.

(3) Durch einen Wechsel zu den vorliegenden Ausführungsbestimmungen entstehende Härten können auf Antrag im Wege von Einzelfallentscheidungen des Prüfungsausschusses ausgeglichen werden.

**6.11.54 Erste Änderung der Ausführungsbestimmungen für den
Masterstudiengang Petroleum Engineering
an der Technischen Universität Clausthal
Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften
vom 17. Januar 2017**

Die Ausführungsbestimmungen für den Masterstudiengang Petroleum Engineering vom 21. Juli 2015 werden mit Beschluss der Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften vom 17.01.2017 und Genehmigung des Präsidiums der Technischen Universität Clausthal (§ 37 Abs. 1 Ziffer 5b NHG) vom 14. Februar 2017 wie folgt geändert:

Abschnitt I

1) In „Anlage 1 „Module des Masterstudiengangs Petroleum Engineering“ werden folgende Änderungen durchgeführt:

- a) Im „Modul 3 – Advanced Production and Well Planning“ wird die Lehrveranstaltungsnummer der Lehrveranstaltung „ Well Planning “ von S 6124 auf W 6105 korrigiert. Außerdem wird die Modulprüfung durch Teilmodulprüfungen ersetzt.

Das bisherige Modul:

| Modul 3 – Advanced Production and Well Planning | | 6 | 10 | | 10/ΣLP | | |
|---|--------|-------|----|------------|--------|------|----|
| Advanced Production | W 6131 | 2V+1Ü | 5 | K od. M | 1 | ben. | MP |
| Well Planning | S 6124 | 2V+1Ü | 5 | | | | |

erhält somit folgende Neufassung:

| Modul 3 – Advanced Production and Well Planning | | 6 | 10 | | 10/ΣLP | | |
|---|--------|-------|----|------------|--------|------|-----|
| Advanced Production | W 6131 | 2V+1Ü | 5 | K od. M | 0,500 | ben. | MTP |
| Well Planning | W 6105 | 2V+1Ü | 5 | K od. M | 0,500 | ben. | MTP |

- b) Im „Modul 4 – Data Acquisition and Evaluation“ wird die Lehrveranstaltungsnummer der Lehrveranstaltung „Applied Well Test Analysis“ von W 6101 auf S 6109 korrigiert.

- c) Im „Modul 10a – Economics and Law“ wird die Lehrveranstaltungsnummer der Lehrveranstaltung „Planning and Budgeting“ von S 6114 auf W 6114 korrigiert.

- d) Im „Modul 7 – Advanced Drilling and Completion“ wird die Modulprüfung durch Teilmodulprüfungen ersetzt.

Das bisherige Modul

| Modul 7 – Advanced Drilling and Completion | | 6 | 10 | | 10/ΣLP | | |
|---|--------|----------|-----------|------------|---------------|------|----|
| Advanced Drilling Technology | W 6122 | 2V+Ü | 5 | K od. M | 1 | ben. | MP |
| Completion and Workover | S 6121 | 2V+Ü | 5 | | | | |

erhält somit folgende Neufassung:

| Modul 7 – Advanced Drilling and Completion | | 6 | 10 | | 10/ΣLP | | |
|---|--------|----------|-----------|------------|---------------|------|-----|
| Advanced Drilling Technology | W 6122 | 2V+Ü | 5 | K od. M | 0,500 | ben. | MTP |
| Completion and Workover | S 6121 | 2V+Ü | 5 | K od. M | 0,500 | ben. | MTP |

e) Im „Modul 9 – Production“ wird der Tippfehler in der Angabe der SWS des Moduls von 5 auf 4 korrigiert.

f) Im „Modul 10b – Management, Economics and Law“ wird die Lehrveranstaltungsnummer der Lehrveranstaltung „Planning and Budgeting“ von S 6114 auf W 6114 korrigiert.

Abschnitt II

Diese Änderungen treten am Tage nach ihrer Bekanntmachung im amtlichen Verkündungsblatt der Technischen Universität Clausthal zu Beginn des Prüfungszeitraums des Sommersemesters 2017 in Kraft.

Übergangsbestimmungen zur 1. Änderung vom 17.01.2017

(1) Studierende, die das Studium in diesem Studiengang ab dem Sommersemester 2017 an der TU Clausthal aufnehmen, werden nach dieser Version der Ausführungsbestimmungen geprüft.

(2) Studierende, die bereits vor dem Sommersemester 2017 in diesem Studiengang an der TU Clausthal eingeschrieben waren, werden in diese Version der Ausführungsbestimmungen überführt. Für sie gelten folgende Übergangsregelungen:

- Studierende, die die bisher geltenden Module bereits erfolgreich abgelegt haben, werden diese Module weiterhin angerechnet.
- Studierende, die die bisherigen Modulprüfungen im „Modul 3 - Advanced Production and Well Planning“ bzw. „Modul 7 - Advanced Drilling and Completion“ bereits im Rahmen des Freiversuchs bestanden haben, wird nach Rücksprache mit der Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften einmalig eine Prüfungsmöglichkeit zur Notenverbesserung gemäß § 20 Abs. 1 APO gegeben. Anmeldungen zur Modulprü-

fung im Rahmen des Freiversuchs zur Notenverbesserung können ausschließlich per Formblatt (Antrag auf Zulassung zu Prüfungen) im Prüfungsamt eingereicht werden.

- Evtl. vorhandene Fehlversuche der im Modul 3 bzw. Modul 7 ersetzten Modulprüfungen werden nicht auf die neuen Modulteilprüfungen nach dieser Version der Ausführungsbestimmungen angerechnet.

(3) Durch einen Wechsel zu den vorliegenden Ausführungsbestimmungen entstehende Härten können auf Antrag im Wege von Einzelfallentscheidungen des Prüfungsausschusses ausgeglichen werden.

**6.11.83 Zweite Änderung der Ausführungsbestimmungen
für den Bachelorstudiengang Rohstoff-Geowissenschaften
an der Technischen Universität Clausthal,
Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften
Vom 17. Januar 2017**

Die Ausführungsbestimmungen für den Bachelorstudiengang Rohstoff-Geowissenschaften vom 26. Juni 2012 (Mitt. TUC 2012, Seite 206) in der Fassung der 1. Änderung vom 10. November 2015 werden mit Beschluss der Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften vom 17.01.2017 und Genehmigung des Präsidiums der Technischen Universität Clausthal (§ 37 Abs. 1 Ziffer 5b NHG) vom 20. Februar 2017 wie folgt geändert:

Abschnitt I

Es werden folgende Schlussbestimmungen und Bestimmungen zum Außer-Kraft-Treten nach „Zu § 30 Inkrafttreten“ eingefügt:

„Schlussbestimmungen

Eine Prüfung nach diesen Ausführungsbestimmungen und allen vorhergehenden Ausführungsbestimmungen für den Bachelorstudiengang Rohstoff-Geowissenschaften der Fakultät für Energie- und Wirtschaftswissenschaften der TU Clausthal wird letztmals im Prüfungszeitraum des Wintersemesters 2020/2021 durchgeführt.

Außer-Kraft-Treten

Diese Ausführungsbestimmungen treten zum Ende des Prüfungszeitraums des Wintersemesters 2020/2021 außer Kraft.“

Abschnitt II

Diese Änderung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Technischen Universität Clausthal in Kraft.

7.10.00 Organisationssatzung der Studierendenschaft der Technischen Universität Clausthal

Vom Studierendenparlament beschlossen am 17.01.2017 und am
01.02.17

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|--------|
| Abkürzungsverzeichnis | - 48 - |
| § 1 Geltungsbereich..... | - 49 - |
| § 2 Zusammensetzung und Rechtsstellung | - 49 - |
| § 3 Aufgaben..... | - 50 - |
| § 4 Begriffsbestimmung | - 50 - |
| § 5 Rechte und Pflichten..... | - 51 - |
| § 6 Wahlen..... | - 52 - |
| § 7 Willensbildung und Gremien..... | - 53 - |
| § 8 Vollversammlung..... | - 54 - |
| § 9 Urabstimmung | - 55 - |
| § 10 Studierendenparlament..... | - 55 - |
| § 11 Allgemeiner Studierendenausschuss | - 56 - |
| § 12 Fachschaften | - 57 - |
| § 13 Fachschaftszentralrat | - 57 - |
| § 14 Fachschaftsversammlungen | - 58 - |
| § 15 Ausländische Studenten | - 59 - |
| § 16 Sportreferat..... | - 60 - |
| § 17 Ältestenrat..... | - 60 - |
| § 18 Finanzwesen | - 62 - |
| § 19 Abschließende Bestimmungen..... | - 62 - |
| § 20 Inkrafttreten | - 63 - |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|-------|-----------------------------------|
| Abs. | Absatz |
| AGO | Allgemeine Geschäftsordnung |
| Ära | Ältestenrat |
| AStA | Allgemeiner Studierendenausschuss |
| AuRa | Ausländerrat |
| AV | Ausländerversammlung |
| BeO | Beitragsordnung |
| FiO | Finanzordnung |
| FS | Fachschaft |
| FSR | Fachschaftsrat |
| FSRs | Fachschaftsräte |
| FSV | Fachschaftsversammlung |
| FSVs | Fachschaftsversammlungen |
| FZR | Fachschaftszentralrat |
| GO | Geschäftsordnung |
| GOs | Geschäftsordnungen |
| HHJ | Haushaltsjahr |
| NHG | Niedersächsisches Hochschulgesetz |
| SPR | Sportreferat |
| StuPa | Studierendenparlament |
| SWA | Studentischer Wahlausschuss |
| TUC | Technische Universität Clausthal |
| UrA | Urabstimmung |
| UrO | Urabstimmungsordnung |
| VV | Vollversammlung |
| VO | Versammlungsordnung |
| WaO | Wahlordnung |

§ 1 Geltungsbereich

1. Der nachfolgende Text ist zur Vereinfachung im generischen Maskulin formuliert. Sämtliche Bezeichnungen gelten, wenn nicht anders formuliert, geschlechterübergreifend.
2. Diese Organisationssatzung gilt für die gesamte Studierendenschaft der Technischen Universität Clausthal (TUC).
3. Die Organisationssatzung regelt den Aufbau und die Struktur der Studierendenschaft der TUC, im Folgenden Studierendenschaft.
4. Abläufe und Regelungen werden in den untergeordneten Ordnungen der Studierendenschaft geregelt, an denen die betroffenen Gremien mitarbeiten sollten. Die Ordnungen gliedern sich in die:
 - a. Allgemeine Geschäftsordnung (AGO)
 - b. Wahlordnung (WaO)
 - c. Finanzordnung (FiO)
 - d. Beitragsordnung (BeO)
 - e. Versammlungsordnung (VO)
 - f. Urabstimmungsordnung (UrO)
 - g. Geschäftsordnung des Studierendenparlaments (StuPa-GO)
 - h. Geschäftsordnung des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA-GO)
 - i. Geschäftsordnung des Ausländerrats (AuRa-GO)
 - j. Geschäftsordnung der Fachschaften (FS-GO)
 - k. Geschäftsordnung des Sportreferats (SPR-GO)
 - l. Geschäftsordnung des Ältestenrats (Ära-GO)

§ 2 Zusammensetzung und Rechtsstellung

1. Die Studierendenschaft der Technischen Universität Clausthal, im Folgenden Studierendenschaft, besteht aus allen an der Universität immatrikulierten Studenten.
2. Die Studierendenschaft ist eine rechtsfähige Teilkörperschaft der Technischen Universität Clausthal und regelt ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung.
3. Die Studierendenschaft setzt sich für die gemeinsame Vertretung studentischer Interessen ein und kann sich mit anderen Studierendenschaften in Organisationen zusammenschließen.

4. Sie hat ein eigenes Vermögen. Für Verbindlichkeiten der Studierendenschaft haftet sie nur mit diesem Vermögen, gemäß § 20 Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG).

§ 3 Aufgaben

1. Die Gremien der Studierendenschaft nehmen die Belange der Studenten in der Hochschule und Gesellschaft wahr. Sie fördern die politische Bildung ihrer Mitglieder sowie die Verwirklichung der Aufgaben der Hochschule. In diesem Sinne nehmen ihre Mitglieder ein hochschulpolitisches Mandat wahr. Die Studierendenschaft hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - Die Vertretung aller Studenten an der TUC im Rahmen der gesetzlichen und satzungsgemäßen Befugnisse.
 - Die Wahrnehmung hochschulpolitischer, sozialer und kultureller Belange der Studenten in der Hochschule und Gesellschaft.
 - Die Förderung der ökologischen und ökonomischen Bildung.
 - Die Förderung der fachlichen, geistigen, kulturellen und sportlichen Belange.
 - Die Förderung und Wahrnehmung der Interessen der ausländischen Studenten und Pflege der Beziehungen zwischen deutschen und ausländischen Studenten.
 - Die Pflege der regionalen und überregionalen sowie nationalen und internationalen Studentenbeziehungen.
2. Die Studierendenschaft kann zu allen Fragen Stellung nehmen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschule sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und Natur beschäftigen.
3. In Angelegenheiten, welche die TUC in ihrer Gesamtheit oder das Studentenwerk betreffen, wirkt die Studierendenschaft durch ihre Vertreter mit.
4. Parteipolitische und konfessionelle Zielsetzungen sind ausgeschlossen.

§ 4 Begriffsbestimmung

1. Ein Schiedsverfahren ist ein Verfahren zur Schlichtung von Konflikten zwischen Gremien oder Gremienmitgliedern.

2. Ein Gremium ist ein durch die Studierendenschaft direkt oder indirekt gewählte Gruppe von Studenten, die für eine juristische Person handeln. Zu ihnen gehören auch die Organe der Studierendenschaft.
3. Eine Versammlung ist ein Gremium, welches „Versammlung“ im Namen trägt.
4. „Einfache Mehrheit“ bedeutet, dass unter den abgegebenen, gültigen Stimmen die Zahl der Ja-Stimmen die Zahl der Nein-Stimmen übertrifft.
5. „Qualifizierte Mehrheit“ bedeutet, dass unter den abgegebenen, gültigen Stimmen die Zahl der Ja-Stimmen größer als die Hälfte der Anzahl der Gremienmitglieder ist. Die Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten ist nicht automatisch ausreichend.
6. „Zweidrittelmehrheit“ bedeutet, dass unter den abgegebenen, gültigen Stimmen die Zahl der Ja-Stimmen mindestens zwei Drittel der Anzahl der Gremienmitglieder entspricht. Zwei Drittel Ja-Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten ist nicht automatisch ausreichend.
7. Vorstände, Präsidenten und Vorsitzende sind von einem Gremium gewählte Studenten, die die Geschäftsführung des Gremiums übernehmen.
8. Veto bedeutet die sofortige und einmalige Aufhebung eines Beschlusses oder Entscheidung.
9. Eine Ergänzungswahl ist eine Wahl, die stattfindet, wenn ein Gremium nicht mehr alle Sitze besetzen kann.
10. Eine Neuwahl ist eine Wahl, die stattfindet, wenn sich ein Gremium aufgelöst hat.
11. Eine Nachwahl ist eine Wahl, die stattfindet, wenn eine Wahl fehlerhaft durchgeführt wurde.

§ 5 Rechte und Pflichten

1. Jedes Mitglied der Studierendenschaft ist für die Gremien der Studierendenschaft gemäß der Organisationsatzung und den Ordnungen der Studierendenschaft wählbar und wahlberechtigt. Näheres regelt die WaO.
2. Jedes Mitglied der Studierendenschaft hat das Recht, sich an die Gremien der Studierendenschaft zu wenden und dorthin seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Näheres regelt die AGO.
3. Jedes Mitglied der Studierendenschaft hat das Recht, den Gremien der Studierendenschaft Anträge zur Beschlussfassung vorzulegen. Näheres regelt die AGO.

4. Jedes Mitglied der Studierendenschaft ist gemäß § 20 Abs. 3 NHG verpflichtet, einen finanziellen Beitrag für die Studierendenschaft zu leisten. Näheres regelt die BeO.
5. Die Mitglieder in den Gremien der Studierendenschaft haben durch ihre Arbeit dazu beizutragen, dass das Gremium seine Aufgaben wirksam erfüllen kann. Sie sind bei der Ausübung ihres Stimmrechts an Weisungen und Aufträge nicht gebunden.
6. Kann ein Gremienmitglied zu einer Sitzung des eigenen Gremiums nicht anwesend sein, wobei Versammlungen ausgenommen sind, meldet es sich unverzüglich ab. Näheres regelt die AGO.
7. Jedes Mitglied der Studierendenschaft hat das Recht auf Informationen über alle Vorgänge innerhalb der Studierendenschaft, soweit sie nicht vertraulich sind.
8. Mitglieder in Gremien der Studierendenschaft sind verpflichtet, Angelegenheiten, soweit sie ihrem Wesen nach nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, vertraulich zu behandeln. Dies gilt insbesondere dann, wenn es zur Wahrung des Persönlichkeitsrechtes erforderlich ist.

§ 6 Wahlen

1. Die Hochschulwahl findet nach den Grundsätzen der allgemeinen, freien, gleichen geheimen und unmittelbaren Wahl statt.
2. Die Hochschulwahl zu den unmittelbar zu wählenden Gremien wird vom studentischen Wahlausschuss (SWA) organisiert.
3. Der SWA besteht aus 5 Mitgliedern, die sich wie folgt zusammensetzen:
 - a. 3 vom StuPa gewählte Mitglieder
 - b. 1 vom FZR gewähltes Mitglied
 - c. 1 vom Ära gewähltes Mitglied
4. Die Gremien wählen die gleiche Anzahl der Mitglieder als Stellvertreter
5. Der SWA wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.
6. Ein von der Studierendenschaft unmittelbar gewählter Student führt ein Mandat aus. Die Mandatsperiode beträgt ein Jahr und beginnt am 01. April eines jeden Jahres. Ausnahmen regelt die WaO.
7. Ein Mandat erlischt:
 - a. mit Beginn einer neuen Mandatsperiode
 - b. durch Ausscheiden aus der Studierendenschaft

- c. durch schriftlichen Rücktritt
 - d. mit Auflösung des Gremiums
 - e. durch Tod
8. Ein von der Studierendenschaft nicht unmittelbar gewählter Student führt ein Amt aus. Die Amtszeit beträgt ein Jahr und beginnt am 01. April eines jeden Jahres.
- a. Kassenprüfer haben eine längere Amtszeit. Näheres regelt die FiO.
 - b. Nach Ende des Haushaltsjahres (HHJ) bleiben die AStA-Mitglieder kommissarisch im Amt. Näheres regelt die AStA-GO.
 - c. Bei einer Entsendung hängt die Amtszeit von der Ordnung des Gremiums ab, in welches entsendet wird.
9. Ein Amt erlischt:
- a. mit Beginn einer neuen Amtsperiode
 - b. durch Ausscheiden aus der Studierendenschaft
 - c. durch schriftlichen Rücktritt
 - d. durch Abwahl
 - e. durch Ausscheiden aus dem Gremium, welches die Wahl durchführte oder den Beschluss fasste, falls das Amt an die Mitgliedschaft in diesem Gremium gebunden ist
 - f. nach Auflösung des wählenden Gremiums. Die Amtsträger bleiben kommissarisch bis zur Bestätigung oder Wahl durch das neue Gremium im Amt
 - g. durch Tod
10. Für einen ausgeschiedenen Mandatsträger rückt der Stellvertreter nach der Reihenfolge des Wahlergebnisses nach. Kann ein Gremium inklusive Stellvertreter nicht mehr alle Sitze besetzen, legt die WaO fest, ob und wie eine Ergänzungswahl stattfindet.
11. Näheres regelt die WaO.

§ 7 Willensbildung und Gremien

1. Die Studierendenschaft bildet ihren Willen durch die Urabstimmung (UrA), ihre Organe und weiteren Gremien.
2. Die Organe der Studierendenschaft gliedern sich in die Legislative, Exekutive sowie Judikative und sind

- a. das Studierendenparlament (StuPa)
 - b. der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA)
 - c. der Ältestenrat (Ära)
2. Die Gremien der Studierendenschaft sind
- a. die Vollversammlung (VV)
 - b. die Ausländerversammlung (AV)
 - c. der Ausländerrat (AuRa)
 - d. der Fachschaftszentralrat (FZR)
 - e. die Fachschaftsversammlungen (FSVs)
 - f. die Fachschaftsräte (FSRs)
 - g. die Obleuteversammlung (OV)
 - h. das Sportreferat (SPR)
 - i. der Studentische Wahlausschuss (SWA)
 - j. der Urabstimmungsausschuss (UrAA)
3. Für alle Gremien gilt die AGO.

§ 8 Vollversammlung

1. Die VV besteht aus allen Mitgliedern der Studierendenschaft.
2. Die VV dient der Vorbereitung von Entscheidungsprozessen mit Bedeutung für die gesamte Studierendenschaft und zur Information der gesamten Studierendenschaft.
3. Die VV kann mit einfacher Mehrheit:
 - a. Die VV kann mit einfacher Mehrheit Empfehlungen an die Gremien der Studierendenschaft und der TUC (wie Senat, Präsidium, Fakultätsrat oder Dekanat) aussprechen.
 - b. alle Gremien der Studierendenschaft einberufen.
4. Die VV wird vom AStA einberufen:
 - a. auf Antrag von einem Drittel der StuPa-Mitglieder
 - b. auf Beschluss des AStA
 - c. auf Beschluss des Ära
 - d. auf Beschluss des AuRa
 - e. auf Beschluss des FZR
 - f. auf Beschluss einer VV
 - g. vor jeder UrA

- h. auf schriftlichen Antrag von 3% der Mitglieder der Studierendenschaft gemäß zuletzt veröffentlichter Hochschulstatistik
5. Die Vorbereitung und die Sitzungsleitung übernimmt der AStA. Die VV kann auf einen auf der VV gestellten Antrag auch von einem in der VV zu wählendem Mitglied der Studierendenschaft geleitet werden.
6. Eine VV tagt nur innerhalb der Vorlesungszeit und in dem Semester, in welchem sie beantragt oder beschlossen wurde.
7. Näheres regelt die VO

§ 9 Urabstimmung

1. Mit der UrA wird über einen Gegenstand, der in einer VV vorgestellt wurde, eine Entscheidung der Studierendenschaft getroffen.
2. Abstimmungsberechtigt sind alle Studenten, die zu Beginn der Abstimmung Mitglied der Studierendenschaft sind.
3. Das Ergebnis der UrA ist für alle studentischen Gremien und die gesamte Studierendenschaft bindend, wenn mindestens 25% der Abstimmungsberechtigten teilgenommen haben. Bei geringerer Beteiligung entspricht die UrA einem unverbindlichen Meinungsbild. Die Länge der zeitlichen Bindung legt der Urabstimmungstext fest.
4. Sie findet statt:
 - a. auf Beschluss von zwei Drittel der StuPa-Mitglieder
 - b. auf schriftlichen Antrag von mindestens 3% der Studierendenschaft gemäß zuletzt veröffentlichter Hochschulstatistik
 - c. auf Beschluss einer VV, wenn der Antrag auf UrA mit der Einladung zur VV bekannt gemacht wird.
5. Eine UrA ist nur in der Vorlesungszeit zulässig.
6. Näheres regelt die UrO.

§ 10 Studierendenparlament

1. Alle Mitglieder der Studierendenschaft wählen aus ihrer Mitte das Studierendenparlament. Näheres regelt die WaO.
2. Das StuPa besteht aus 25 Mitgliedern.

3. Das StuPa ist das oberste, beschlussfassende Organ der Studierendenschaft. Es entscheidet in allen wichtigen Angelegenheiten, die die Studierendenschaft in ihrer Gesamtheit betreffen.
4. Das StuPa hat das alleinige Beschlussfassungsrecht hinsichtlich:
 - a. dieser Satzung, aller Ordnungen und Richtlinien
 - b. Verabschiedung des Haushaltsplans
 - c. Wahl und Abwahl des AStA
 - d. finanzwirksame, haushaltsübergreifende Beschlüsse. § 17 Abs. 5 bezüglich Ära-Beschlüsse bleibt unberührt
 - e. Haushalts- und Rechnungsprüfung der Studierendenschaft
 - f. Entlastung der Vorstände innerhalb der Studierendenschaft
 - g. Wahl der studentischen Vertreter der TUC in die Gremien des Studentenwerks
5. Das StuPa wählt 3 Präsidenten, die zusammen das StuPa-Präsidium bilden. Kandidieren dürfen alle Mitglieder und Stellvertreter des StuPa.
6. Gibt es keinen gewählten AStA, übernimmt das StuPa-Präsidium die Verantwortung für die Weiterführung der laufenden Amtsgeschäfte.
7. Wird das verbindliche Ergebnis einer UrA auf der nächsten beschlussfähigen Sitzung des StuPa nicht beschlossen, ist das StuPa mit dem Sitzungsende aufgelöst.
8. Näheres regelt die StuPa-GO.

§ 11 Allgemeiner Studierendenausschuss

1. Der AStA ist das ausführende Organ der Studierendenschaft und vertritt deren Interessen.
2. Der AStA führt die Beschlüsse des StuPa aus und ist diesem gegenüber rechen-schaftspflichtig.
3. Der AStA führt die laufenden Geschäfte in eigener Verantwortung.
4. Der AStA vertritt die Studierendenschaft gerichtlich und außergerichtlich.
5. Der AStA gliedert sich in Referate, also Tätigkeitsfelder, wovon eines das Finanz-referat ist.
6. Der AStA gliedert sich in 3 bis 5 Vorstände, von denen einer der Finanzvorstand ist, und beliebig viele Referenten. Kandidieren dürfen alle Mitglieder der Studie-rendenschaft.
7. Der AStA darf Mitarbeiter einstellen.

8. Den AStA-Mitgliedern steht eine dem Arbeitsaufwand angemessene Aufwandsentschädigung zu. Mitarbeiter werden entlohnt. Das StuPa legt die Höhen fest.
9. Sind weniger als 3 AStA-Vorstände im Amt, wird das StuPa-Präsidium zu zusätzlichen, kommissarischen AStA-Vorständen.
10. Näheres regelt die AStA-GO.

§ 12 Fachschaften

1. Jeder Studiengang ist einer Fachschaft zugeordnet. Die Studenten dieser Studiengänge bilden die jeweilige Fachschaft. Die Zuordnung der Studiengänge regelt die FS-GO.
2. Die Mitglieder einer Fachschaft wählen aus ihrer Mitte den FSR. Näheres regelt die WaO.
3. Jeder FSR besteht aus 7 Mitgliedern.
4. Der FSR wählt 3 Vorstände, von denen einer der Finanzvorstand ist. Kandidieren dürfen alle wahlberechtigten Mitglieder der zugehörigen Fachschaft.
5. Die FSRs befassen sich mit fachgruppen- und fachschaftsspezifischen Situationen. Insbesondere wirken sie auf eine qualitative und quantitative Sicherung des Lehrangebots hin, ohne selbst Lehre anzubieten.
6. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben stehen den FSRs angemessene Haushaltsmittel aus dem Gesamthaushalt der Studierendenschaft zu, die sie selbst verwalten. Dessen Höhe regelt die BeO und die Regularien die FiO.
7. Näheres regelt die FS-GO.

§ 13 Fachschaftszentralrat

1. Der FZR wird aus einem Vertreter eines jeden FSR gebildet. Damit ist dessen Größe von der Anzahl der Fachschaften abhängig. Die FSRs wählen zusätzlich je einen Stellvertreter.
2. Die Aufgaben des FZR sind:
 - a. die Koordinierung der Fachschaftsarbeit
 - b. die Zusammenarbeit und Förderung des Informationsaustausches zwischen den Fachschaften, den studentischen Vertretern in den Hochschulgremien der TUC sowie den Gremien der Studierendenschaft
 - c. die Entsendung von Studenten in die vom FZR zu besetzenden Positionen
 - d. Aktualisierung der Studiengangszuordnung

3. Der FZR wählt einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Kandidieren dürfen alle Mitglieder und Stellvertreter des FZR.
4. Der FZR tritt zusammen:
 - a. auf Antrag eines seiner Mitglieder
 - b. auf Beschluss des AStA
 - c. auf Beschluss eines FSR
 - d. auf Beschluss des StuPa
 - e. auf Beschluss einer FSV
5. Näheres regelt die FS-GO.

§ 14 Fachschaftsversammlungen

1. Eine FSV besteht aus allen Mitgliedern der zugehörigen Fachschaft.
2. Die Aufgabe der jeweiligen FSV ist die Beratung aller Belange, welche die jeweilige Fachschaft in ihrer Gesamtheit betreffen.
3. Der FSR ist gegenüber seiner Fachschaftsversammlung rechenschaftspflichtig.
4. Die FSV wird von seinem FSR einberufen:
 - a. auf Beschluss der VV
 - b. auf Beschluss des zugehörigen FSR
 - c. auf Beschluss des StuPa
 - d. auf Beschluss des FZR
 - e. auf Beschluss des AStA
 - f. auf schriftlichen Antrag von 3% der Fachschaftsmitglieder gemäß zuletzt veröffentlichter Hochschulstatistik
5. Vor der Wahl eines neuen Fachschaftsrats tritt die FSV zur Kandidatenfindung oder Kandidatenvorstellung zusammen.
6. Die Vorbereitung und die Sitzungsleitung übernimmt der zuständige FSR. Wird die FSV nach Abs. 4.c bis 4.e einberufen, kann sie von einem Mitglied des einberufenden Gremiums geleitet werden.
7. Die FSV kann mit einfacher Mehrheit Empfehlungen an die Gremien der Studierendenschaft und TUC (wie Senat, Präsidium, Fakultätsrat oder Dekanat) aussprechen.
8. Eine FSV tagt nur innerhalb der Vorlesungszeit.
9. Näheres regelt die VO.

§ 15 **Ausländische Studenten**

1. Als ausländische Studenten gelten alle an der TUC immatrikulierten Studenten ohne deutsche Staatsbürgerschaft.
2. Die ausländischen Studenten wählen aus ihrer Mitte den AuRa. Näheres regelt die WaO.
3. Der AuRa besteht aus 7 Mitgliedern.
4. Der AuRa wählt 3 Vorstände, von denen einer der Finanzvorstand ist. Kandidieren dürfen alle ausländischen Studenten der TUC.
5. Der AuRa befasst sich mit den besonderen Interessen und Belangen der ausländischen Studenten.
6. Zur Wahrnehmung seiner Aufgabe stehen dem AuRa angemessene Haushaltsmittel aus dem Gesamthaushalt der Studierendenschaft zu, die er selbst verwaltet. Dessen Höhe regelt die BeO und die Regularien die FiO.
7. Näheres regelt die AuRa-GO.
8. Die AV besteht aus allen ausländischen Studenten.
9. Der AuRa ist gegenüber der Ausländerversammlung rechenschaftspflichtig.
10. Die AV wird vom AuRa einberufen:
 - a. auf Beschluss der VV
 - b. auf Beschluss des AuRa
 - c. auf Beschluss des StuPa
 - d. auf Beschluss des AStA
 - e. auf schriftlichen Antrag von 3% der ausländischen Studenten
11. Vor der Wahl eines neuen AuRa tritt die AV zur Kandidatenfindung oder Kandidatenvorstellung zusammen.
12. Die Vorbereitung und die Sitzungsleitung übernimmt der AuRa. Wird die AV nach Abs. 10.c oder 10.d einberufen, kann sie von einem Mitglied des entsprechenden Gremiums geleitet werden.
13. Die AV kann mit einfacher Mehrheit Empfehlungen an das StuPa, den AStA, die FSRs und die Gremien der TUC (wie Senat, Präsidium, Fakultätsrat oder Dekanat) aussprechen.
14. Die AV tagt nur innerhalb der Vorlesungszeit und in dem Semester, in welchem sie beantragt oder beschlossen wurde.
15. Näheres regelt die VO.

§ 16 Sportreferat

1. Die Sporttreibenden einer jeden Sportart einigen sich auf eine Person aus ihrem Kreise, wobei es sich vorzugsweise um ein Mitglied der Studierendenschaft handelt. Diese Personen heißen Obleute, die zusammen die Obleuteversammlung bilden. Näheres regelt die VO.
2. Die Obleuteversammlung wählt mindestens einen Sportreferenten für das SPR. Kandidieren dürfen alle Mitglieder der Studierendenschaft.
3. Das SPR ist gegenüber der Obleuteversammlung und gegenüber dem StuPa rechenschaftspflichtig.
4. Das SPR ist die Vertretung der sporttreibenden Studenten für den Bereich des allgemeinen Studierendensports (Breitensports) und des Wettkampfsports. Zu den Aufgaben gehören:
 - die Vertretung nach innen und außen sowie regional und überregional
 - Förderung der nachhaltigen Entwicklung des Sports an der TUC
 - beratende Tätigkeiten der Sportgruppen
5. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben stehen dem SPR angemessene Haushaltsmittel aus dem Gesamthaushalt der Studierendenschaft zu, die es selbst verwaltet. Dessen Höhe regelt die BeO und die Regularien die FiO
6. Das SPR ist an die Beschlüsse des StuPa gebunden.
7. Näheres regelt die SPR-GO.

§ 17 Ältestenrat

1. Der Ära besteht aus 5 Mitgliedern, die sich wie folgt zusammensetzen:
 - a. 3 vom StuPa gewählte Mitglieder
 - b. 2 vom FZR gewählte Mitglieder
 - c. Die Gremien wählen die gleiche Anzahl der Mitglieder als Stellvertreter.
2. Der Ära wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Kandidieren dürfen alle Mitglieder und Stellvertreter des Ära.
3. Der Ära führt eine kontrollierende, beratende und unterstützende Tätigkeit aus. Das umfasst:
 - a. die Kontrolle, ob die Gremien im Rahmen des NHG agieren.
 - b. die Kontrolle der Gremien bezüglich der Einhaltung der Organisationsatzung, Ordnungen und Richtlinien.
 - c. die Kontrolle, ob die Gremien ihre Aufgaben pflichtbewusst erfüllen.

- d. die Kontrolle von Protokollen, Beschlüssen und Wahlen von Gremien auf formale Korrektheit. Für die Hochschulwahlen ist der SWA zuständig.
 - e. die Konstituierung der Gremien gemäß der AGO
 - f. die Durchführung der Amtsübergabe. Näheres regelt die AGO.
 - g. die unverzügliche Beauftragung des SWA zur Durchführung von Neuwahlen, wenn sich ein direkt gewähltes Gremium auflöst.
 - h. die Weiterführung der Amtsgeschäfte:
 - i. des StuPa-Präsidiums, wenn es nicht handlungsfähig ist. Die Nichthandlungsfähigkeit kann vom StuPa oder vom Ära festgestellt werden.
 - ii. des AStA, wenn der AStA-Vorstand aus weniger als 3 Mitgliedern besteht und das StuPa-Präsidium die Amtsgeschäfte nicht führen kann. Über die Fähigkeit des StuPa-Präsidiums den AStA zu führen entscheidet der Ära in Zusammenarbeit mit dem StuPa-Präsidium.
 - i. die Durchführung von Schiedsverfahren, wenn ein Streitfall an den Ära herangetragen wird und beide Parteien dem zustimmen.
 - j. die Unterstützung der Gremien bei der Einhaltung von Vorgaben, Erklärung der Organisationssatzung, der Ordnungen und Richtlinien
 - k. das Aussprechen von Empfehlungen bei Änderung der Organisationssatzung, Ordnungen und Richtlinien. Bei einer Satzungsänderung bekommt der Ära vor der zweiten Lesung die Möglichkeit der Stellungnahme.
4. Der Ära kontrolliert Protokolle, Beschlüsse und Wahlen von Gremien. Hierbei achtet der Ära auf die formale Richtigkeit. Das umfasst:
- a. die Bereitstellung einer Protokollvorlage
 - b. die Überwachung der Tätigkeit von Gremien
 - c. die Kontrolle der Dokumentation von Sitzungsprotokollen und Beschlüssen der Gremien
5. Der Ära darf Beschlüsse und Wahlen aufheben, wenn sie gegen die Organisationssatzung, Ordnungen oder Richtlinien, aber insbesondere gegen die Organisationssatzung und die FiO verstoßen. Die Beschlüsse können daraufhin von der beschlussführenden Stelle neu beraten werden. Eine erneute Aufhebung durch den Ära ist nicht möglich, jedoch kann die Rechtsaufsicht der Studierendenschaft um eine Entscheidung gebeten werden. Die Folgen der Aufhebung eines finanzwirksamen Beschlusses regelt die FiO.

6. Der Ära darf Gremien, die eigene Haushaltsmittel besitzen, einen Finanzstopp auferlegen oder die Übertragung der Finanzverantwortung an den AStA beschließen. Die FiO regelt die finanziellen Auswirkungen und die Ära-GO die notwendigen Voraussetzungen.
7. Näheres regelt die Ära-GO.

§ 18 Finanzwesen

1. Die Studierendenschaft hat ein eigenes Vermögen. Die Gremien der Studierendenschaft verfügen nach Maßgabe der FiO über das Vermögen.
2. Das StuPa beschließt den Haushaltsplan und jegliche Änderungen mit Zweidrittelmehrheit.
3. Maßnahmen der Studierendenschaft, welche die Studierendenschaft zur Leistung von Ausgaben über das aktuelle Haushaltsjahr hinaus verpflichten können, müssen zuvor vom StuPa mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Dies gilt nicht für Verpflichtungen im Rahmen der laufenden Verwaltung, die ihrer Natur nach regelmäßig wiederkehren und vom finanziellen Umfang gering sind.
4. Finanzvorstände haben ein Vetorecht gegen finanzwirksame Beschlüsse.
5. Näheres regelt die FiO.

§ 19 Abschließende Bestimmungen

1. Die Organisationssatzung, die Ordnungen und Richtlinien der Studierendenschaft beschließt das StuPa mit Zweidrittelmehrheit.
 - a. Eine Änderung an der Organisationssatzung bedarf zwei Lesungen des StuPa. Zwischen den Lesungen dürfen Änderungen vorgenommen werden. Der Beschluss soll auf der zweiten Sitzung gefasst werden. § 17 Abs. 3.k bezüglich der Ära-Stellungnahme berücksichtigen.
 - b. Das StuPa darf nicht eindeutige Formulierungen durch einen Beschluss mit Qualifizierter Mehrheit konkretisieren.
 - c. Eine Änderung von zu Ordnungen gehörenden Anlagen genügt eine Einfache Mehrheit, auch wenn es eine Richtlinien betrifft. Eine Abschaffung oder eine Anlagenergänzung benötigt weiterhin eine Zweidrittelmehrheit.
2. Nach einer Änderung der Organisationssatzung, einer Ordnung oder Richtlinie wird diese im Anschluss unverzüglich im Amtsblatt der TUC veröffentlicht, gemäß der AGO bekannt gemacht und im Verwaltungshandbuch der TUC hochgeladen.

3. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Organisationssatzung unwirksam oder undurchführbar werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der Organisationssatzung im Übrigen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der ursprünglichen Zielsetzung möglichst nahekommt, die mit der unwirksamen beziehungsweise undurchführbaren Bestimmung verfolgt wurde. Im Zweifelsfall trifft der Ära eine Entscheidung. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Organisationssatzung als lückenhaft erweist.

§ 20 Inkrafttreten

Die Organisationssatzung tritt mit dem Beschluss des StuPa und der Bekanntmachung gemäß § 19 Abs. 2 in Kraft. Gleichzeitig verliert die bisherige Organisationssatzung ihre Gültigkeit.